

Der Rechtsstaat ist ein Papiertiger

(8/1977)

Das Buback-Attentat war der Endpunkt des Jugendterrorismus des vergangenen Jahrzehnts. Es ist der Anfang des kommenden Terrors.

„Gewisse geistige Verwandtschaften“ der neuen Studentenbewegung mit derartigen Formen von Vatemord hat der Präsident der westdeutschen Rektorenkonferenz konstatiert. Und ökonomische Gründe für Jungakademiker, etablierte Altakademiker über den Haufen zu schießen, gibt es immerhin. Die bloße Existenz des höheren und hohen Beamtentums bedroht den akademischen Nachwuchs mit dem Absturz ins Lumpenproletariat: durch Stellenblockade, durch öffentliches Dienst-, Prüfungs- und Gesinnungsrecht.

In Stammheim hat die deutsche Anarchie einen international beachteten ideologischen Erfolg errungen. Die „repressive Toleranz“, die einst Marcuse als Perfidie des Systems beklagte, wurde in die allgemein wahrgenommene *tolerante Repression* der liberalen Wanzenrepublik transformiert.

Was der Staat ist, kann man einsehen oder erfahren. Wer es nicht einsieht, wird es erfahren. Das Gewaltmonopol, zum Beispiel.

Der staatliche Gewaltmonopolist erklärt, Gewalt sei kein Mittel der politischen Auseinandersetzung. So provoziert er Widerstand gegen die Gewalt, also gegen sich selbst. Es zeigt sich, Gewalt ist *das* Mittel schlechthin. Niemand setzt sie als Zweck; Gewalt muß anwenden, wer Macht erlangen will. Und Gewaltanwendung heißt Waffeneinsatz. Ob die Waffe der Kritik ausreicht, ist bloß eine Frage des Zivilisationsgrades des angegriffenen Staates.

Gewaltdiskussion und Diskussionsgewalt zwischen Staat und Bürgern verweisen auf die zugrundeliegende Krise des staatsbürgerlichen Verhältnisses: die Staatsverdrossenheit oder politische Vertrauenskrise.

Mehr Staat ist das Resultat jedes effektiven Herrschaftsprozesses. Die vermehrte Staatsmacht stößt auf die Schranke demokratischer Verwendung. Die Demokratie schrumpft, wenn ihr Effekt sinkt. Aktivbürger werden aus dem parlamentarischen System desintegriert, die mobilisierbaren politischen Reserven schwellen an. Die industrielle Reservearmee droht zur politischen Sturmtruppe zu werden.

Der ökonomischen Krise folgt die politische, dieser die ideologische. Deren reinsten Ausdruck ist der ideale Anarchist, der seine Person völlig autonom und keinem Staat als Bürger unterworfen auffaßt. Der ideale Anarchist bestimmt sich als individueller Souverän gegenüber dem Staat, was nicht Kriegszustand bedeuten muß.

Wer die Erschießung von Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 als Mord bezeichnete, redete wie ein Souverän über einen kriminell gewordenen Untertanen. Der Individualanarchist akzeptiert mit solcher Rede Staatsfunktion für sich selbst, denn zwischen Souveränen gibt es nur Krieg, aber kein Verbrechen. Andererseits führt der einzige Weg zu völkerrechtlicher Souveränität über kapitale und erfolgreiche Verbrechen. „Ohne nationale Verbrechen, wäre je der Weltmarkt entstanden? Ja, auch nur Nationen?“ (MEW 26.1/364).

Jeder gut funktionierende Rechtsstaat ist ein Papiertiger. Seinen Erklärungen, Verfügungen und Hoheitszeichen Staat ist dann machtvoll und für Umstürzler gefährlich, weil aus Papier. Muß der Staat mit mehr als papierene Stellen, ist im Prinzip die Staatskrise schon da. Die Machtprobe, auf die es die Bürger ankommen lassen, degradieren. Die Bürger schützen sich voreinander durch den Staat, gegen den Staat aber durch Vertrauensentzug. Wie die allgemeine Zinssenkung ist die Staatsverdrossenheit eine Nachwirkung der Krise. In Krisenzeiten sind die Banken schwimmen in Geld; es will produktives Kapital werden, kann aber nicht herrschen. Die Banken schwimmen in Geld; es will produktives Kapital werden, kann aber nicht herrschen. Gut regierbare Demokratien brauchen keinen starken Staat. Sie schätzen den Papiertiger. Ihre Herrschaftseffektivität, ist hoch.